



TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

# Schleichers Kabinett komplett

## Militarismus und Reaktion triumphieren auf der ganzen Linie — Arbeiter, schafft die geschlossene revolutionäre Kampffront!

Berlin, 4. Dezember.  
WTB. Reichspräsident von Hindenburg hat den Reichsminister General der Infanterie a. D. von Schleicher zum Reichskanzler ernannt und ihn bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.

Reichskanzler von Schleicher ist gleichzeitig für die Geltungsdauer der Verordnung vom 20. Juli 1932 zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt worden.

Auf Vorschlag des Reichspräsidenten ernannte den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Dr. Bracht zum Reichsminister des Innern.

den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst Gehl. Regierungsrat Dr. Syrup zum Reichsarbeitsminister;

ferner bestätigte der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Freiherr von Neurath in seinem Amte als Reichsminister des Auswärtigen.

den Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk als Reichsminister der Finanzen,

den Reichsminister Dr. Gürtner als Reichsminister der Justiz,

den Reichsminister Freiherr von Eitz-Rübenach als Reichspost- und Reichsverkehrsminister,

sowie den Reichsminister Dr. Fopitz als Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Außerdem ernannte der Reichspräsident den Präsidenten des Deutschen Landgemeindetages Landrat a. D. Dr. Gereke zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung.

Der Reichspräsident hat ferner auf Vorschlag des Reichskanzlers die Reichsminister Dr. Warmbold und Freiherrn von Braun in ihren Aemtern als Reichswirtschaftsminister bzw. Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestätigt.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Außenpolitik der letzten Zeit trägt. In der Innenpolitik wird sein wichtigster Mitarbeiter der neue Reichsinnenminister Dr. Bracht sein, dessen politische Einstellung durch sein Wirken in Preußen und durch seine kulturreaktionären Maßnahmen genügend gekennzeichnet ist. Der erzkonservative Justizminister Dr. Gürtner, der den Nationalsozialisten ganz nahe stehende Post- und Verkehrsminister Freiherr v. Rübenach und die gleichfalls wieder genannten Minister Warmbold und v. Braun werden ebenfalls in ihren Ressorts und in der gesamten deutschen Politik die finsternste Reaktion walten lassen.

Als Reichsminister neu, aber politisch nicht unbeschrieben, sind Dr. Gereke und Präsident Syrup. Dr. Gereke, der politisch bei den Deutschnationalen beheimatet ist, wenn er auch zur Zeit der christlich-nationalen Bauern- und Landvolkpartei angehört, wird versuchen, im Rahmen der kapitalistischen Möglichkeiten die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Daß er bei diesem Bemühen ebenfalls scheitern wird, wie die unübersehbar große Zahl seiner Vorgänger bei diesem Werke, ist unschwer vorauszusagen.

Mit am gefährlichsten für die Arbeiterschaft dürfte aber das Wirken des neuen Reichsarbeitsministers Syrup werden. Dieser Mann ist durch seine Tätigkeit an der Spitze der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und als Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes im schlimmsten Maße als sozialreaktionär bekannt geworden. Wir brauchen nur die von uns wiederholt behandelte Verwendung der Arbeitslosengelder für den Arbeitsdienst bei gleichzeitiger immer weiteren Abbau der Unterstützungen zu nennen, um diesen Mann und sein Programm zu kennzeichnen. Trotz aller schönen Worte, die heute aus der Umgebung des neuen Reichskanzlers ertönen, werden unter seiner Führung das Arbeitsministerium und die Regierung überhaupt einen verschärft arbeitserfeindlichen Kurs steuern.

Die grundsätzliche Bedeutung des neuen Kabinetts, die besonders charakteristische Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers, die Haltung der Parteien zu dieser Regierung — all dies werden wir morgen und in den nächsten Nummern der „SAZ“ eingehend zu behandeln haben. Für die Arbeiterschaft gilt aber schon nach der bisherigen kurzen Kennzeichnung das, was wir bereits im ersten Augenblick der Berufung Schleichers an dieser Stelle sagten: die deutsche Arbeiterklasse muß dieser Regierung den schärfsten Kampf ansagen, sie muß den einheitlichen revolutionären Widerstand in breiter parlamentarischer Kampffront organisieren!

### Schleicher und der Reichstag

#### Neue Bemühungen um Vertagung

Berlin, 5. Dezember.

CNB. Die neue Woche wird nun im Zeichen der Reichstagsöffnung stehen. Am Montag werden die Fraktionssitzungen beginnen und am Dienstagnachmittag findet dann bekanntlich die Eröffnung des neuen Reichstages statt. Es ist anzunehmen, daß in der Eröffnungssitzung nur die Konstituierung erfolgt und daß am Mittwoch Reichstagspräsident Göring neu gewählt wird. Es steht noch nicht fest, wann Reichskanzler von Schleicher seine Regierungserklärung im Reichstag abgibt. Der Zeitpunkt hängt von dem Ergebnis der Fühlungnahme des Kanzlers mit dem Reichstagspräsidenten und darüber hinaus also auch mit den Parteien ab. Man hatte erwartet, daß sie heute stattfinden würde. Das war aber nicht der Fall, da Reichstagspräsident Göring heute gar nicht in Berlin war. Das Bestreben des Reichskanzlers geht bekanntlich dahin, den Reichstag zu einer längeren Vertagung zu bewegen. Solange über den Erfolg dieser Bemühungen keine Klarheit herrscht, ist auch noch nicht abzusehen, ob die Regierungserklärung noch in dieser Woche, oder ob sie gar erst Anfang Januar abgegeben wird.

### Bauarbeiterstreik in Breslau

Am Montag, den 5. Dezember, legten die Bauarbeiter bei der Mehrzahl der Breslauer Baufirmen die Arbeit nieder. Der Grund zum Streik besteht darin, daß die Bauunternehmer sich weigern, die im Schiedsspruch vom 4. November dieses Jahres festgelegten Löhne, die an der Spitze 92 Pfg. betragen, zu bezahlen. Alle Firmen, die sich weigern, diese Löhne zu bezahlen, werden bestreikt.

Für den Erfolg der Schleicherschen Bemühungen hängt alles von der Haltung der Nationalsozialisten ab. Da die Kommunisten auf jeden Fall ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Schleicher einbringen, kommt es darauf an, wie die Nationalsozialisten, die zusammen mit den Kommunisten die Mehrheit haben, sich dazu verhalten werden. Schleicher verhandelt also eifrig mit den Nationalsozialisten, und es versteht sich von selbst, daß er ihnen dabei allerhand verlockende Angebote macht: Ministerposten in Preußen, Ministerposten in einigen Monaten auch im Reich und sicher auch eine Reihe sachlicher Zugeständnisse. Das ist zugleich kennzeichnend für den Kurs des Kabinetts Schleicher.

Eine Entscheidung der Nationalsozialisten liegt noch nicht vor. Sie wird erst in diesen Tagen getroffen werden. Nach Mitteilungen Berliner Montagsblätter ist Schleicher entschlossen, gegebenenfalls den Reichstag sofort wieder aufzulösen.

### Will Hilferding Schleicher tolerieren?

Essen, 4. Dezember.

d. h. In zwei sozialdemokratischen Mitgliederversammlungen in Düsseldorf und Essen sprach in diesen Tagen Rudolf Hilferding zur politischen Lage. Wie die Essener sozialdemokratische „Volkswacht“ berichtet, sagte Hilferding u. a.:

„Der Kampf gegen die Präsidentschaftsregierung öffnet weitgehende Perspektiven: Zusammenbruch der Präsidentschaftsregierung bedeutete Steigerung der faschistischen Gefahr.“

Hilferding wagt es zwar nicht, die Konsequenzen aus dieser Feststellung zu ziehen; man ist aber geneigt, anzunehmen, daß aus dieser Gegenüberstellung von Präsidentschaftsregierung und Faschismus nach der alten sozialdemokratischen „Logik“ die Präsidentschaftsregierung als das kleinere Übel betrachtet wird. Weil Hilferding diese Frage unbeantwortet ließ, ist nur anzunehmen, daß zwischen ihm und der Führung des ADGB in soweit Uebereinstimmung besteht, das Kabinett Schleicher unter der Hand zu tolerieren.

### Bullerjahns Freispruch

Von Kurt Rosenfeld

Nach sechsjährigem Kampf um seine Rehabilitation ist der Oberlagervorwaller Bullerjahn nunmehr freigesprochen worden.

Am 8. Februar 1925 verhaftet, am 11. Dezember 1925 wegen Landesverrat zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, sodann nach Aufhebung dieses Urteils im Wiederholungsvorverfahren am 26. November 1932 abermals vom Reichsanwalt wegen Landesverrat angeklagt mit dem Antrage auf Verurteilung zu 12 Jahren Zuchthaus, ist Bullerjahn am 3. Dezember 1932 auf Kosten der Staatskasse freigesprochen worden.

So ist ein Mensch zum Spielball der Justiz geworden! Wer weiß, wie wenig daran fehlte, daß nicht bei der Beratung des Reichsgerichts ein Urteil herauskam, das den Angeklagten abermals ins Zuchthaus warf. 6 Jahre 3 Monate und 18 Tage hat Bullerjahn die Zuchthausstrafe verbüßt!

Wer vermag sich in die Qualen und Foltern hineinzudenken, die jeder einzelne Tag im Zuchthaus verbringt, für den „Zuchthausler“ bedeutet und wer vermag erst sich die Leiden vorzustellen, die ein Unschuldiger in solcher Lage erduldet!

So erfreulich der Freispruch ist, er vermag nicht den Schaden wiedergutzumachen, den die Verurteilung im Leben des Angeklagten angerichtet hat! Ganz zu schweigen von dem Schaden, der der deutschen Justiz zugefügt wurde. Das Reichsgericht von 1932 kann nicht das Unrecht ungeschehen machen, welches das Reichsgericht von 1925 hervorgerufen hat.

Das höchste deutsche Gericht hat anerkennen müssen, daß es einen schweren, einen allerschwersten Rechtsirrtum begangen hat. Das Reichsgericht hat sich selbst korrigieren müssen. Reichsgericht gegen Reichsgericht!

Wie konnte das furchtbare Urteil gegen Bullerjahn zustande kommen?

Im Jahre 1925 stand Deutschland noch unter den Folgen der Ruhrbesetzung und durch sie verschuldeten nationalistischen Stimmung. Es wurde damals auf Grund einer (jetzt als falsch erwiesenen) Erklärung des Auswärtigen Amtes festgestellt, daß infolge der Waffenlunde in den Wiltener Waffenwerken die Rheinlande nicht geräumt wurden. Der Verräter der Waffenverstecke mußte entdeckt und gefaßt werden, und so litt die Verhandlung des Jahres 1925 unter der nationalistischen Wirkung jener Zeit.

Nur nationalistische Hetze macht erklärlich, daß man damals im Drange, den Verräter zur Strecke zu bringen, wenn auch sicherlich nur in der Absicht, die Wahrheit zu ermitteln, von den elementarsten Grundsätzen der Rechtsfindung abwich. Das Reichsgericht verzichtete darauf, das Urteil lediglich auf Grund der Aussagen von Zeugen zu finden, die es gesehen und vernommen hatte. Es begnügte sich damit (neben der Feststellung einer größeren Anzahl von Indizien, die allerlei Verdachtsmomente gegen den Angeklagten bedeuteten), von zwei Untersuchungsrichtern und einem Kriminalkommissar bekunden zu lassen, was diese von einer „ungenannten Vertrauensperson“ gehört hatten. Und unter dem Eindruck dieses Unbekannten, dessen Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit die drei Beamten als über jeden Zweifel erhaben bezeichneten, kam das furchtbare Urteil zustande.

Es war nicht leicht, den „Mann im Dunkeln“ ins helle Licht zu ziehen. Aber schließlich gelang es. Der Generaldirektor von Gontard wurde als der große Unbekannte ermittelt. Und nun endlich konnte die Nachprüfung der Aussage beginnen, die so schreckliche Folgen für den Angeklagten gehabt hatte.

Herr von Gontard hielt der Prüfung nicht stand.

Ganz zu schweigen von der Ueberheblichkeit dieses Mannes, der den Angeklagten als ehemaligen Unteroffizier mit der ganzen Ueberheblichkeit eines Herrenmenschen behandelte, gar nicht zu sprechen von

Der Rückblicklosigkeit, mit der dieser Mann seine kapitalistischen Interessen verfolgt, der Typus des Wirtschaftsführers, der über Frieden geht. Im Kreuzverhör zeigte sich sehr schnell, daß seine Aussage völlig wertlos war. Könnte er doch nur bekunden, einmal gehört zu haben, daß Engländer den Bullerjahn als Verräter bezeichnet hätten; er könnte aber weder angeben, wer die Personen waren, die sich so geäußert hatten, noch wo und unter welchen Umständen jene Äußerungen gefallen waren.

Welch sonderbarer Zeuge, der zwar noch nach acht Jahren eine Erklärung in fremder Sprache vor Gericht wiederholen kann, aber nichts, absolut nichts darüber weiß, von wem, wo und wie die Erklärung abgegeben ist!

In der jetzt durchgeführten neuen Verhandlung hat aber nicht nur die Aussage des Herrn von Goudard in ein Nichts zusammengefallen, auch fast alle gegen den Angeklagten bei seiner früheren Verurteilung verwendeten Indizien erwiesen sich als unbegründet. Das, was nach Ansicht des Reichsgerichts noch übrig blieb, reichte dem Senat zur Verurteilung nicht aus, konnte nicht ausreichen.

Und so wurde Bullerjahn freigesprochen. Übrigens gegen den Willen der Reichsanwaltschaft, die bis zum Schluß der Verhandlung immer noch den Kopf in die Hand genommen und die Verurteilung des Angeklagten forderte.

Der Freispruch ist eine Warnung für die Justiz, von dem Wege der Unmittelbarkeit, d. h. von dem zum Schutze der Freiheit aller Staatsangehörigen aufgestellten Grundsätze abzugehen, nur auf Grund der Aussagen von direkt vom Gericht gehörten Zeugen Feststellungen zu treffen; eine Warnung auch, gerade in Zeiten nationalstischer Erregung sich nicht von dem Weg des Gesetzes ablenken zu lassen! Ueberhaupt eine Warnung vor einer durch Stimmungen beeinflussten Justiz! Und eine Warnung vor Verurteilungen, die sich lediglich auf Indizien stützen.

Eine Warnung; besonders nötig in einer Zeit, in der Sondergerichte wirken, Ausnahmegerichte, die ganz besonders leicht der Gefahr erliegen, Tendenzen zu fällen, und die, wie das Reichsgericht in Hoch- und Landesvertragsprozessen, in erster und zugleich in letzter Instanz entscheiden und gegen deren Urteile weder Berufung noch Revision zulässig ist.

Klassenjustiz -- Parteijustiz -- Tendenzjustiz!

Im Klassenstaat wird immer Klassenrecht gesprochen werden. Aber auch im Klassenstaat können die schlimmsten Exzesse in der Rechtspflege verhindert werden, wenn das Rechtsgefühl der Arbeiterklasse lebendig ist und auf jede Verletzung scharf reagiert.

Es wird Aufgabe der Arbeiterklasse sein, auf Grund der Erfahrungen des Bullerjahn-Prozesses die Rechtspflege aufmerksam zu kontrollieren und in der Justizkritik niemals nachzulassen.

## Auslands-Rundschau

Agram, 4. Dezember.

In der Umgebung der Stadt explodierten auf freiem Felde mehrere mit Explosivmaterial gefüllte Pakete. Schaden wurde nicht angerichtet. Man vermutet, daß es sich um eine Demonstration gegen den jugoslawischen Staatsfeiertag handelt.

Athen, 4. Dezember.

Der Verkehrsstreik dauert an. Die Straßenbahnen setzen den Streik fort, obwohl technische Truppen als Wagenführer eingesetzt worden sind. Auch die Bäckergehilfen sind in den Streik getreten. Die Postler und Eisenbahner haben beschlossen, ebenfalls die Arbeit niederzulegen.

Budapest, 4. Dezember.

Neunzehn der Sittenabteilung der Polizei zugeordnete Detektive wurden ihres Amtes enthoben und gegen sie ein Disziplinarverfahren eingeleitet, weil sie sich seit längerer Zeit schwere Verfehlungen zuschulden kommen ließen. Sie sollen Erpressungen an verschiedenen unter Polizeiaufsicht stehenden Mädchen begangen haben.

Brüssel, 5. Dezember.

Am Sonntag fanden in Belgien Provinzialratswahlen statt. Dabei gewannen die Sozialisten 16, die Kommunisten 4 und die Katholische Union 13 Sitze, während die Liberalen 28 und die Frontisten 4 Sitze verloren.

Czernowitz, 4. Dezember.

Die Czernowitzer Polizei hat am Sonntagabend eine Reihe angeschenker Bürger verhaftet, die beschuldigt werden, kommunistische Agitation getrieben zu haben. Unter den Festgenommenen befindet sich ein stadtbekannter Arzt und seine Familie, ein Advokat, ein reicher Kaufmann und ein bekannter Graphologe. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ vermutet, daß diese Verhaftungen ein Rechtfertigungs- oder Racheakt der Polizei für die jüngst aufgedeckten, auch von der „SAZ“ behandelten grauenhaften Folterungen kommunistischer Häftlinge in den Kerker der rumänischen Polizei ist.

Le Havre, 1. Dezember.

Wegen einer in Aussicht genommenen Lohnherabsetzung sind die Dockarbeiter in den Streik getreten.

Madrid, 4. Dezember.

Die spanische Regierung beabsichtigt das Telefonmonopol aufzuheben, das unter Primo de Rivera einer amerikanischen Gesellschaft für ganz Spanien bewilligt worden war. Zwischen den Vereinigten

# Die „Judeninserterate“ der Nazipresse

### Hitlers Grundsatz: Geld stinkt nicht

„Juda verrecke!“ Mit diesem Ruf ist die Hitlerpartei groß geworden. Mit dem Appell an die niedrigsten Instinkte und an die primitivsten Auffassungen der politisch unaufgeklärten Masse, besonders der kleinen Spielführer, kurz mit der seit Jahrhunderten immer wieder von den schwärzesten Reaktionen benutzten Judenhetze hat die NSDAP ihre „deutschen Männer“ aus allen sozialen Bevölkerungsschichten gesammelt.

Ein besonderes Agitationsmittel der Nazipresse war dabei der „Kampf gegen die Judeninserterate“. Glühend haben alle Hitlerler in unzähligen politischen Debatten das Sprüchlein nachgehohlet, daß die nationalsozialistische Presse keine Inserate des jüdischen Kapitals bringe.

Mit vereinzelt Ausnahmen hat bis vor einigen Monaten die Nazipresse auch auf Inserate von offensichtlich jüdischen Firmen verzichtet, dafür natürlich umso lieber die Inseraten der „christlichen“ Großkapitalisten genommen, das seine Arbeiter, Angestellten und die von ihm abhängigen Mittelständler nicht minder brutal ausbeutet als das „jüdische Großkapital“.

Im „Kampf gegen die Judeninserterate“ hat die Nazipresse jahrelang eine wütende Kampagne gegen den „jüdischen“ Reemtsma-Neuerburger Zigarettentrust geführt. Dieser Trust, in dem in der Tat bekannte jüdische Großkapitalisten eine bedeutende Rolle spielen, wurde von der Nazipresse als das abschreckende Beispiel „jüdischer Volksausbeutung“ hingestellt und mit unzähligen Schimpfartikeln bedacht.

Vor etwa einem halben Jahr änderte sich das ganz auffällig. Die Schimpfartikel unterblieben, wie auch der Ruf „Juda verrecke!“ immer seltener wurde. Was ist geschehen? Nun nichts anderes, als

daß sich die NSDAP vom „jüdischen“ Kapital kaufen ließ und zwar in diesem Fall durch etwa 4 Millionen Mark.

Wie das vor sich ging, wird aus folgendem, vom „Vorwärts“ veröffentlichten Brief, ersichtlich:

Nationalsozialistische Anzeigenzentrale, Fi. Mü.

München 2, NO., den 12. September 1932.

Ihr an den Ebers-Verlag gerichtetes Schreiben vom 2. September wurde uns zur Erledigung überwiesen. Wir machen Sie höflichst darauf aufmerksam, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei im Punkt 13 ihres Programms nicht den Kampf gegen die Konzerne, sondern die Verstaatlichung der Großbetriebe fordert. Die Reemtsma-Ziga-

rettenfabriken sind zum weitaus überwiegenden Teil im deutschen Familienbesitz. Der Jude David Schnur ist der Tabakhändler der Firma. Es gibt keine Zigarettenfabrik, deren Einkäufer kein Jude oder sonstiger orientalischer Mitachting ist. Vor Aufnahme der Reemtsma-Anzeigen in die nationalsozialistische Presse wurde die Angelegenheit Reemtsma ein halbes Jahr lang von mehreren Instanzen geprüft, insbesondere von der Rechtsabteilung der Reichsleitung. Die letzte Entscheidung fällt unser Führer Adolf Hitler nach einer persönlichen Aussprache mit Herrn Philipp Reemtsma. Die Reemtsma-Anzeigen sind auf Befehl Adolf Hitlers in die nationalsozialistische Presse aufzunehmen.

Wir hoffen, Ihnen mit unseren Ausführungen gedient zu haben, und wir empfehlen uns Ihnen

mit deutschem Gruß  
Nationalsozialistische Anzeigenzentrale  
E. Finkenzeller

Daß dieser Brief echt ist und daß sich die Vorgänge in der hier geschilderten Form abgespielt haben, wird bestätigt durch die Tatsache, daß

seit einigen Wochen Riesens-Reemtsma-Inserate in der Nazipresse

veröffentlicht werden. Das allein genügt aber nicht. Hitler und Konsorten haben sich vom „Judenkonzern“ Reemtsma durch den Inseratenauftrag, der von Fachleuten auf 4 Millionen Mark geschätzt wird,

## Kommunalwahlen in Thüringen

Am Sonntag fanden in Thüringen die Kommunal- und Kreisstadtwahlen statt. An dem Ergebnis ist das auffallendste die außerordentlich geringe Wahlbeteiligung, die von einzelnen Orten abgesehen, nur 0-70 Prozent betrug. Infolgedessen haben durchweg alle Parteien einen Rückgang an Stimmen gegenüber dem 6. November zu verzeichnen. Wie weit dieser Stimmenrückgang über die geringere Wahlbeteiligung hinausgeht oder hinter ihr zurückbleibt, ist im Augenblick noch nicht genau zu ermitteln. Immerhin ist zu sagen, daß die Nationalsozialisten wiederum beträchtliche Verluste erlitten haben, so daß auch diese Thüringer Wahlen die Linie seit dem 6. November fortsetzen. Andererseits dürften die Stimmenverluste der KPD vielfach geringer sein, als der geringeren Wahlbeteiligung entsprechen würde, so daß also Fortschritte der KPD, allerdings meist in bescheidenem Maße, zu konstatieren sind. Bei einem Vergleich mit den letzten Kommunalwahlen, die in den meisten Städten vor vier Jahren stattfanden, zeigt sich der außerordentlich große Verlust, den die SPD in dieser Zeitspanne erlitten hat. Diese Verluste wirken sich teilweise so aus, daß bis dahin vorhandene Arbeitermehrheiten (Stadtrat Gera, Kreisrat Sonneberg) verlorengegangen sind.

Ueber eine Wahlbeteiligung der SAP liegen aus dem Wolff-Büro bisher keine Meldungen vor. Da der Bezirk Thüringen vorläufig einer der organisatorisch schwächsten der SAP ist, ist die SAP bei den Thüringer Kommunalwahlen nicht besonders hervorgetreten. Wie weit sie in einzelnen Orten Erfolge erzielen konnte, wird sich noch aus späteren Meldungen ergeben.

Die in Klammern gesetzten Stimmzahlen beziehen sich auf die Reichstagswahl vom 6. November, die Vergleichszahlen der Mandate dagegen auf die jeweils letzte Gemeindevahl, die im allgemeinen vier Jahre zurückliegen, in einzelnen Gemeinden aber erst ein oder zwei Jahre

Weimar, 4. Dezember.

WTB. Stimmberechtigte 31 035 (32 932), abgegebene Stimmen 20 259 (28 426); NSDAP 7122 (11 003), 11 Mandate (4), SPD 3347 (5491), 5 Mandate (7), Komm. Opposition 577, 1 Mandat (2), KPD 2704 (zusammen 3914), 4 Mandate (2), Handel und Gewerbe 849, 1 Mandat, Dtn. 2272 (3768), 3 Mandate, Vorortliste 398, 0 Mandat (1), Bürgerliche Mitte 922, 1 Mandat, Ztr. 619 (636), 1 Mandat, Dt. Vpt. 1250 (2100), 2 Mandate (3).

Weimar (Landkreis), 4. Dezember.

WTB. Stimmberechtigte etwa 68 000 (68 605), NSDAP 15 778 (20 570), SPD 4673 (5553), KPD 6227 (6987), Landbund 16 924 (9117), DNVP 1796 (3303), Nationale Bürgerliche und Handwerker 1544, Mandate: NSDAP 6 (1), SPD 1 (3), KPD 2 (1), Landbund 6 (bisher in Verbindung mit Dtn. und Nationalen Bürgerlichen und Handwerkern zusammen 10 Mandate), Dtn. 0, Bürgerliche 0.

Eisenach, 4. Dezember.

WTB. Stimmberechtigte 30 883 (31 742), abgegebene Stimmen 21 154 (26 000), Wahlbeteiligung 68 Prozent (80); NSDAP 5980 (7996), 11 Mandate (1), SPD 3789 (5431), 6 Mandate (13), KPD 5751 (6394), 10 Mandate (1), Dtn. 2142 (3411), 3 Mandate (0), Staatsp. 672 (505) 1 Mandat (5), Ztr. 475 (494), 1 Mandat (0), Bürgerliche Einheitsliste 1607 (0), 3 Mandate (0).

„zwingen“ lassen, auch redaktionelle Reklamartikeln für den jetzt auf einmal „rein deutschen“ Reemtsmatrust in der Nazipresse zu bringen.

Die Sache wurde, wie der Brief zeigt, von Hitler „höchstselbst“ geschoben. Na, ja, 4 Millionen Mark ist kein Pappenstiel. Dabei ist noch von größtem Interesse die Wendung in dem Brief, daß die NSDAP „nicht den Kampf gegen die Konzerne fordere“. Also gleichzeitig eine Verbeugung vor dem ganzen Großkapital mit der Versicherung, daß die Nazipartei ihnen nicht gefährlich sei, sondern ihr treuester Verteidiger!

Werden jetzt die leichtgläubigen Nazi-anhänger, besonders jene Kreise, die auf den dummen, reaktionären Schwund der Judenhetze immer wieder hereinfallen, erkennen, daß

die ganze Nazipartei ein einziges Betrugsmanöver und eine Korruptionskloake schlimmerer Art darstellt, bereit, jederzeit ihre „Grundsätze“ und ihre Anhänger für klingende Münze zu verkaufen?

Unsere Genossen und Leser fordern wir auf, diese Tatsache allen ihnen bekannten Nazi-Anhängern bekannt zu geben. Selbstverständlich wenden wir uns nicht gegen Geschäftsinserate an sich, ob sie von jüdischen oder anderen Geschäftsläuten stammen. Bei den heutigen Verhältnissen kann eine Tageszeitung ohne Inserate nicht existieren, ja der Leser verlangt Inserate in seiner Zeitung. Die Korruption der Naziführer liegt darin, daß sie sich ihre angebliche Ueberzeugung, ihre eigenen „Grundsätze“ für schweres Geld abkaufen lassen.

Gotha, 4. Dezember.

WTB. Stimmberechtigte 33 855 (31 385), abgegebene Stimmen 19 547 (25 850), Wahlbeteiligung 56 Prozent (75 Prozent); NSDAP 7585 (10 016), 11 Mandate (12), SPD 1327 (1922), 2 Mandate (3), KPD 6153 (7473), 11 Mandate (10), Dtn. 2386 (2845), 4 Mandate (1), Dt. Vp. 1919 (1466), 2 Mandate (1).

Greiz, 4. Dezember.

WTB. NSDAP 10 997 (14 322), SPD 7182 (7720), KPD 1807 (5392), Landbund 3481 (2409), Nationales Bürgertum 2089 (—), Mandatszahlen: NSDAP 5 (0), SPD 3 (4), KPD 2 (1), Landbund 2 (2), Nationales Bürgertum 1 (2).

Schleiz, 4. Dezember.

WTB. Wahlbeteiligung 71 Prozent (78 Prozent), NSDAP 8941 (12 853), SPD 4482 (4762), KPD 2259 (2308), Vereinigte Berufs- und Erwerbsstände 2015, Landbund 5223 (3829), Mandate: NSDAP 6 (1), SPD 3 (4), KPD 1 (0), Vereinigte Berufs- und Erwerbsstände 1 (2), Landbund 1 (7).

Apolda, 4. Dezember.

WTB. Von 19 224 Stimmberechtigten beteiligten sich nur 12 200 (15 084), also 63,5 Prozent. Von diesen entfielen auf die SPD 2798 (3478), KPD 2184 (2574), NSDAP 4430 (6389), Bürgerliche 2788 (ca. 2400).

Sonneberg, 4. Dezember.

WTB. Stimmberechtigte 13 527, abgegebene Stimmen 11 306, Wahlbeteiligung 84 Prozent; NSDAP 5147 (5631), 10 Mandate (10), SPD 2750 (2732), 5 Mandate (5), KPD 2346 (2470), 5 Mandate (4), Bürgerlich-Nat. Block 882 (1140), 1 Mandat (2).

Sonneberg, 4. Dezember.

WTB. (Kreisrat.) NSDAP 19 534 (22 731), SPD 10 525 (10 020), KPD 9997 (11 313), Nationaler Block 3311, Mandate: NSDAP 6 (1), SPD 3 (5), KPD 3 (bisher 3 einschließlich der kommunistischer Opposition), Nationaler Block 1 (4).

Das bemerkenswerte an diesem Wahlergebnis ist, daß zum erstenmal seit 1918 die Linke keine Mehrheit im Kreisrat hat.

Gera, 4. Dezember.

WTB. (Landkreis.) Stimmberechtigte ca. 65 000, abgegebene Stimmen 48 321 (53 620); NSDAP 12 769 (17 753), 4 Mandate (0), SPD 13 467 (15 227), 4 Mandate (6), KPD 7314 (8543), 2 Mandate (0), Landbund 7913 (5743), 2 Mandate (4), Bürgerliche Einheitsliste 3653, 1 Mandat (2), Deutscher Bürgerblock 2049 (zusammen mit Bürgerlicher Einheitsliste 4930), 1 Mandat (1).

Kommunalwahl in Gera-Stadt. Stimmberechtigte ca. 60 000, abgegebene Stimmen ca. 49 000 (53 723), Wahlbeteiligung 81 Prozent. NSDAP 13 804 (16 577), 7 Mandate (0), SPD 17 142 (18 654), 9 Mandate (10), KPD 8464 (8805), 3 Mandate (1), Komm. Opposition 1403, 0 Mandate (2), Bürgerbund 5424, 3 Mandate, Geraer Mitte 2069, 1 Mandat (zusammen mit Bürgerbund 16), Haus- und Grundbesitz 3594, 2 Mandate.

Ilmenau, 4. Dezember.

WTB. Stimmberechtigte 9748, abgegebene Stimmen 7576, NSDAP 1341 (2555), SPD 2038 (2191), KPD 1148 (1758), Bürgerliche Einheitsliste und Mitte 1410 (—), Mittelstand 236 (—), Mandate: NSDAP 5 (1), SPD 7 (8), KPD 3 (2), Bürgerliche Einheitsliste und Mitte 4 (4).

Aus Wirtschaftsnot in den Tod gegangen

Das Ehepaar Dr. B. in Breslau hat sich am Freitag nachmittag mit Zyankali vergiftet. Die Frau ist tot, der Ehemann wurde noch lebend aber mit schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit gleichfalls verstarb. Als Grund der Tat vermutet man wirtschaftliche Not.

Berichtigung

In Nummer 234 unserer SAZ brachten wir im lokalen Teile einen Artikel unter der Ueberschrift: „Der Reichsbannerfeldwebel“. In diesem Artikel haben wir den Leiter des Arbeitslagers Sackerou des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, den Führer des Breslauer Banners 6, Genossen Schubert, auf das Schwerste angegriffen. Uns war mitgeteilt worden, daß Genosse Schubert in unerhört brutaler Weise mit den Kameraden des Arbeitslagers umspringe und sie u. a. angebrüllt habe: „Gegen Euch Schweine müßte man zwei Maschinengewehre auffahren.“

Der Angegriffene verurteilt

Das Klassengesicht der Disziplinarbehörde der Breslauer Universität

Wie bekannt, wurde vor einiger Zeit unser Genosse Goldschmidt, der ein Hörer der Vorlesungen des Professor Cohn ist, bei einem der nun bereits sattem bekannten Nazikrawalle, von einer Schar dieser braunen intellektuellen Banditen angegriffen und nicht unerheblich verletzt.

Warum sollte auch eine Justizbehörde der Hochschule eine Ausnahme machen und nicht ihr Klassengesicht enthüllen? Insgesamt wurden 13 Studenten bestraft. Darunter erhielt der Genosse Goldschmidt das Consilium abeundi (d. h. einen Verweis mit der Androhung der Entfernung von der Universität).

Tödliche Verkehrsunfälle

Schweres Motorradunglück — Ein Toter, ein Verletzter

Beuthen O.-S., 4. Dezember. Am Sonnabendabend ereignete sich in Dombrowa ein schweres Motorradunglück, dem ein Menschleben zum Opfer fiel. Kurz nach 18 Uhr fuhr auf der Zollstraße ein gewisser Theodor Bednarek mit einem Gespann der Namslauer Bierbrauerei zusammen.

Kind vom Auto tödlich überfahren

Oppeln, 4. Dezember. Als ein Lieferauto einige Meter rückwärts fahren wollte, überfuhr es das achtjährige Tochterchen eines Hüftenarbeiters, das auf der Straße spielte. Durch ein Rad des Lastwagens wurde dem Kinde der Kopf zerquetscht, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Achtjähriger Knabe überfahren

Waldenburg, 4. Dezember. Der achtjährige Schüler Kurz aus Waldenburg geriet in der Landeshuter Straße in Gollersberg unter ein Lastauto. Das Kind wurde auf der Stelle getötet. Der Chauffeur soll keine Schuld treffen.

Von jetzt ab automatisch

Fünf neue Verkehrsampeln

Mit dem heutigen Tage, ab 7.30 Uhr, sind im Stadtzentrum fünf neue Verkehrsampeln in den Betrieb genommen worden. Man macht hier einen neuartigen Versuch: alle fünf Ampeln sind mit der bereits seit langer Zeit an der Körnecke (am Ring) befindlichen Ampel zusammengeschaltet.

tisch und — das ist das neue — weilenartig, d. h. mit einer kleinen Zeitspannen-Differenz fort — so daß ein Kraftwagen in mittlerer Fahrt sämtliche Straßenecken hintereinander passieren kann. Man spricht daher von der „grünen Welle“.

Ampeln haben erhalten die Straßennamen Schmiedebücke-Ring, Schweidnitzer Straße, Junkerstraße, Schweidnitzer Straße, Karlstraße, Ohlauer Straße, Schuhbrücke, Albrechtstraße, Schuhbrücke.

Durch diese Neuregelung ergibt sich für den Verkehr eine kleine Benachteiligung in sofern, als bisher der an der Schaltung dienende Schupobeamte den Verkehr nach dem Strom der Fahrzeuge regeln konnte. Der Beamte richtete sich nach dem Verkehr. Von nun an muß sich der Verkehr streng nach den automatischen Lichtsignalen richten.

Gen. Sternberg in Breslau

Der Wochenendkurs mit Genossen Fritz Sternberg stand im Zeichen des Beginns einer breiten Schulung der Genossen unserer Partei. Die große Zahl der anwesenden Partei- und Jugendverbandsfunktionäre hat gezeigt, daß die Verstärkung der Schulungsarbeit von allen Genossen als eine unbedingte Notwendigkeit empfunden wird.

ähnliche Betrugsversuche der herrschenden Klasse heraus. Er zeigte den veränderten Charakter der Krisen im Niedergang des Kapitalismus im Gegensatz zur Aufstiegsperiode dieses Wirtschaftssystems.

Der Sonnabend war der wirtschaftlichen Analyse der Epoche des Niedergangs des Kapitalismus gewidmet. Genosse Sternberg arbeitete dabei mit besonderer Schärfe und Klarheit die Tatsachen um die „Wirtschaftsankurbelung“ des Herrn von Papen, die Präsidentschaftswahl-Konjunktur in Amerika und

Am Sonntag wurde auf dem Fundament der wirtschaftlichen Untersuchungen der ersten Zusammenkunft die gesellschaftliche Situation in Deutschland behandelt. Die Politik der Sozialdemokratie, des Reichsbanners, der Freien Gewerkschaften einerseits, die „Aktionen“ der KPD und RGO andererseits wurden einer scharfen Analyse unterzogen. Genosse Sternberg wies nach, wie die KPD am Prüfstein des 30. Juli ihre völlige Aktionsunfähigkeit offenbart hat, zu welchen verberlichen Folgen die Politik der Reformisten geführt hat und noch führen muß.

Zentrale Funktionärerversammlung der SAP Breslau

Dienstag, den 6. Dezember, im Bergkeller Referent Genosse Sternberg Berlin spricht über

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des ADGB und der SAP

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch der SAP Erschienen müssen alle SAP-Genossinnen und Genossen, welche eine Funktion bekleiden, in Partei, Betrieb oder in den proletarischen Massenorganisationen Mitglieder haben als Gäste Zutritt

Freien Gewerkschaften, sowie die politische Umgruppierung des Reichsbanners. Die Kräfte im Lager der herrschenden Klasse in ihrem Miteinander und Gegeneinander, die Aussichten Hitlers, die Perspektiven für die deutsche Arbeiterklasse wurden ausführlich behandelt und diskutiert.

Verhafteter Kurpfuscher Ein Sprengstofflager in seiner Wohnung

Unter dem Verdacht, an zahlreichen Frauen verbotene Eingriffe vorgenommen zu haben, wurde in Wüstegiersdorf der frühere Friedhofswärter Allinger verhaftet. Bei der Durchsicherung seiner Wohnung fand die Polizei außer einer Anzahl von Instrumenten mehrere Revolver und erhebliche Mengen Sprengstoff.



Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat, Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 68. Stadtkreis Zentrum (Distrikte 19/24): Freitag, den 9. Dezember, abends 8 Uhr im „Goldenen Lachs“, Ursullnerstraße, Stadtkreis-Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

- Wochenplan vom 5.—11. Dezember 1932. Zentrale Mittellagen! Heim Sonnenstr. 39. Dienstag alle Helfer zur Gymnastik, 20 Uhr. Montag, den 5. sind die Rotfalkenhelfer im Heim Sonnenstr. zur wichtigen Sitzung. Freitag Nestfalkenhelfer, 20 Uhr, Sonnenstr. 39. Jungfalkenhelfer, 20 Uhr, Heim Hirschstr. Jedes erscheint pünktlich.

Gewerkschaftsnachrichten

Metallarbeiterjugend. Dienstag, den 6. Dezember, ab 19 Uhr findet der Gesamtheimabend der MAJ im Gewerkschaftshaus, Galeriezimmer, statt. Ein Genosse, welcher in Leninrad gearbeitet hat, wird uns seine Ergebnisse berichten. Vorher 15 Minuten Theaterkritik. Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht.

Kleine Sportnachrichten

FTB, 1. Männer-Abt.: Heut Abend nach dem Turnen Handballer-versammlung Vereinslokal. Gen., welche Lust haben, nach Handball zu spielen, sind ebenfalls anwesend. Aufstellung der III Mannschaft. FTB, 7. Männer-Abt. (Jugend): Sonnabend, 10. 12., 20 Uhr, findet unser nächster Heimabend im Heim Friedrich-Wilhelm-Str. 45 statt. Alles bringt sich Instrumente mit; wir haben einen bunten Abend. Gäste willkommen. Freie Esperanto-Vereinigung Breslau: Dienstag, den 6. Dezember, um 20 Uhr im Arbeiter-Radioheim, Paradiesstr. 17, Uebungsabend.



Im Lobetheater „Bargeld lacht“

Ein Prolet, der durch Zufall unter die Creme der bürgerlichen Gesellschaft gerät, findet 70 000 Dollar. Das wird der Anlaß, ihn an den Schiebungen einiger Börsenjobbers teilnehmen und die morsche Stufenleiter der Gesellschaft am Arm einer Generaldirektorstochter hinaufklettern zu lassen. Was tut, daß das Geld nur gefunden, ja gestohlen und gefälscht ist. Das Bargeld lacht. Das Bargeld zieht ihn in das Paradies, in dem die Summe alles Erstrebenswerten der Besitz ist.

Das Motiv hätte ein zeitsatyrisches Gemälde werden können. Aber Cammerloh und Ebermeyer haben daraus ein humoriges Kabarettstück angefertigt. Die Brüchigkeit der heutigen Gesellschaft ist durch das Auge eines neckischen Betrachters gesehen. Man darf sich untertänigst belustigen. Im übrigen bleibt der Schwindel der besseren Gesellschaft „Zufall“, „Schicksal“ und „Bestimmung“. Die wirkliche Rolle des Geldes ist verschwiegen, das Geld eine unabhängige Macht, ein Abstraktum. Mit welcher Freude in dem Stück die Fehlritte eines parkettfremden Proleten zu tölpelhaften Späßen breitgetreten werden, das ist für den Geist der Verfasser ebenso bezeichnend, wie die Sehnsucht ihres „Proletariats“ nach einer eigenen Werkstatt, eigenem Büro, Klubessen und einer Stenotypistin. Aber daß sie sich nicht irren, meine Herren Autoren!

Die schauspielerischen Bemühungen, das Stück über sein Niveau hinauszuhoben, sind anzuerkennen. Die arrogante Ueberheblichkeit, die durchtriebene Schlaueit der Frau von Stahl verkörperte aufs trefflichste Maja Sering. Rudolf Klitz zeigte die unverföhrene Geste des Börsenschwindlers, Louis Oswald den spießigen Kleinbürger und brutalen Vorgesetzten, während Manfred Inger die innere Gebrechlichkeit und erbärmliche Größe des allgewaltigen Geheimrats Weiß in einer gut gelungenen Studie zum Ausdruck brachte. Leo Selenko spielte eine durchschnittliche Dienerrolle, während es Emil Stöhr gar nicht gelang, der kitschigen Proletariatsfigur ein anderes Gesicht zu geben. Sehr flau diesmal Ria Rose. In der Inszenierung bewährte sich Wilton.

Und nun eine Schlussbemerkung: Wir haben uns an der Cammerloh'schen Kost schon einmal den Appetit verdorben. Wenn unsere geschäftstüchtige Theaterleitung diesen geschäftstüchtigen Stückeschreiber abermals bevorzugt hat, so können wir nicht umhin, das beschämende Abgleiten der Breslauer Theaterkultur auf das schärfste zu verurteilen. E. K.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch.

## Mylau I. U.

Der Mylauer SPD ist es furchtbar peinlich, daß die „erhaltenen Sapper“ immer noch „trotz zu „Spalterpartei“ halten und daß die „tote“ SAP sogar einen beträchtlichen Wahlerfolg erringen konnte. In ihrer Verzweiflung produzieren sich die Kakaspritzer mit folgender Verrenkung: sie behaupten, der Stimmenswechsel der SAP sei nicht echt! Stimmliche Wähler, die für die SAP gestimmt haben, sind einem bösen Irrtum zum Opfer gefallen. Da staunt man natürlich. Aber die Kakaspritzer kann das beweisen! Nämlich: „In innerer sozialdemokratisch wählender Bevölkerung kann am Wahlsonntag zu einem SPD-Genossen und erklärte, daß er heute nicht SPD wählen konnte, denn den Richter und die Petzolden könne er nicht leiden, deshalb habe er — ganz indiskret — einfach Sapp gewählt.“ — Richter und Petzold sind die Spitzenkandidaten der SAP, und der Kakaspritzer-Humburg soll demnach beweisen, daß unsere Kandidaten geradezu abscheulich unbeliebt sind, und alle Leute haben nur deshalb SAP gewählt, weil sie geliebt haben. Richter und Petzold sind SPD-Kandidaten, und da stimmten sie lieber für die Sapper! Das ist natürlich bedauerlich. Da haben sich scheinbar die Wähler im ganzen Vogtland geirrt, denn anderswo ist die SAP auch sprunghaft vorwärts gekommen. — Wie verlaunt, soll für die Lektüre der Kakaspritzer demnächst Lustbarkeitssteuer eingezogen werden.

Bei einer Beteiligung von 31 Versicherten und 3 Arbeitgebern fand dieser Tage die zweite diesjährige ordentliche Ausschuß-Sitzung der Allgemeinen Ortskrankenkasse statt. Man befaßte sich im wesentlichen mit dem Voranschlag auf 1933; es mußte ein weiterer Rückgang der Einnahmen und Ausgaben um 59.000 RM. auf 268.000 RM. festgestellt werden, welcher Umstand einmal seinen Grund in der vom 1.1.32 ab geltenden Herabsetzung der Beiträge von 5,5 auf 5 v. H. hat, andererseits dadurch, daß durch die Lohnsenkungen eine Verringerung der Grundlohnsomme und dadurch ein Rückgang der Beiträge eingetreten ist. Infolgedessen mußten die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang gebracht werden. Der Voranschlag wurde einstimmig angenommen. Weitere Zustimmung wurde erteilt den Änderungen des 6. Nachtrages zur Kassensatzung. Saumselige Arbeitgeber können nunmehr vom Vorstand zur wöchentlichen Abführung der Beiträge aufgefordert werden. Nach Erledigung einiger Verwaltungsangelegenheiten beschloß der Ausschuß den Beitritt zum Abkommen des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen in bezug auf Gewährung von Krankenhilfe an außerhalb des Kassenbezirks sich aufhaltende Mitglieder. Von Seiten der Versicherten wurden Willy Voigtmann und Oskar Merkel, von den Arbeitgebern P. Sachs in den Prüfungsausschuß zur Abnahme der Jahresrechnung 1932 gewählt. — Da gerade bei den Versicherten noch eine gewisse Unkenntnis über das Krankenkassenwesen an sich besteht, und wie letzthin vorgekommene Fälle beweisen, sich dieselben oft zu Ungunsten der Versicherten gestalten können, wollen man sich gegebenenfalls an die Arbeitervertreter im Ausschuß zwecks Orientierung wenden.

## Schneeberg

Unsere letzte Mitgliederversammlung hielt Rückschau auf die letzten beiden Wahlen. Genosse Krauß verstand es, den Versammelten ein klares politisches Bild zu entwickeln. Wir werden uns des Vertrauens der Arbeiterschaft, das bei den Kommunalwahlen zum Ausdruck gekommen ist, würdig erweisen. Es wurde beschlossen, unsere Ortszeitung, die uns im Wahlkampf gute Dienste geleistet hat, künftig als periodische Druckschrift erscheinen zu lassen. Wichtige organisatorische Angelegenheiten wurden noch erledigt.

## STÄDTTHEATER

Montag, 20.—gegen 33

## Die keusche Susanne

Dienstag, 20.—gegen 22.30 Uhr

Abom.-Vorstell. A 7

## Der Troubadour

Mittwoch, 20.—22.45 Uhr

Abom.-Vorst. B 7

## Idomeneo

Täglich, 20.15.—gegen 22 Uhr

## LOBETHEATER

Täglich, 20.15.—gegen 22 Uhr

## Bargeld lacht

Täglich, 20.15.—22.15

Gastspiel der

„Vier Nachrichten“

Der stürmische Lacherfolg!

Hier irrt Goethe

Heute 20 Uhr

Gr. Konzerthaus

## 4. Volks-

## Symphonie-Konzert

d. Schles. Philharmonie

Dir.: Hermann Behr

Solistin: Maria Rossi (Sopr.)

## Bastlerquelle

Alles, was der Bastler braucht!

Spezialität: Sperrholz-

Abschnitte, Leisten usw.

Auch für Bootsbaul

Nur Brüderstr. 81

Fernsprecher Nr. 57494

Fried.-Wilh.-Str. 62

# Helfershelfer der Kulturreaktion

## Sozialdemokraten spalten den Bund der freien Schulgesellschaften

In dieser Zeit der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Reaktion und der faschistischen Gefahr sind die kulturpolitischen Fragen in den Brennpunkt der Auseinandersetzungen gestellt worden. Neben den bekannten kulturreaktionären Angriffen auf dem Gebiet des Rundfunks, des Filmwesens und der Arbeitersportbewegung erheben wir das Verbot der kommunistischen Freidenkerorganisationen und die Drohung mit dem Verbot des Deutschen Freidenkerverbandes, die Entrechtung der weltlichen Schulen und ihrer disziplinären Lehren und die rigorosen Schulpflichtmaßnahmen.

Es gibt nun eine Organisation, zu deren vornehmsten Aufgaben der Kampf gegen die Schulpflicht und die wirtschaftliche Verelendung des proletarischen Kindes gehört. Das ist der

### Bund der freien Schulgesellschaften

gegenwärtig fast nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit dahingewegert, hat vorwiegend seine Ursache in der falschen kulturpolitischen Einstellung, der Belastung durch die Kontrastpolitik der SPD und der ausschließlichen Orientierung auf die wenigen bestehenden weltlichen Schulen. Die absolute politische Sterilität des Bundes hat jetzt dazu geführt, daß an die Stelle grundsätzlicher Klarheit und

Da heute die Manuskripte der Berichterstattung der gestrigen Vorgänge im Arbeitersport ausgeblieben sind, müssen wir auf eine spezielle Sportseite verzichten.

politischer Aktivität die organisatorische Zerrüttung durch einen erbitterten persönlich geführten Kampf zweier sozialdemokratischen Gruppen getreten ist. Exponent der merkwürdigen „Opposition“ ist der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, Schröder. Als Vorsitzender des Bezirks Berlin des Bundes der freien Schulgesellschaften hat er es verstanden, die Mehrzahl der Ortsgruppenleitungen Berlins zum Kampf gegen die Bundesleitung aufzubringen. Er bedient sich dabei der an sich durchaus berechtigten Kritik an dem Geschäftsgeheben der Bundesleitung und des Freien Schulverlages. Die von katastrophaler Leichtfertigkeit und Unerfahrenheit in den elementarsten Fragen der Geschäftsführung geleiteten Maßnahmen haben eine Anhäufung von Schulden herbeigeführt, die die Weiterexistenz des Verlags in Frage stellen. Es sind solche Tatsachen festzustellen, wie die Unterbreitung einer un-

richtigen und von den Revisoren ungeprüft unterzeichneten Bilanz beim letzten Bundestag in Salzen und die (unkontrollierte) Übergabe der Geschäftsführung an eine Genossin, die nachgewiesenermaßen über keinerlei Sachkenntnis verfügte. Sowie Schröder die Abstellung dieser unhaltbaren Zustände forderte, waren seine Angriffe durchaus berechtigt. Kein Wort ist scharf genug, um die Nachlässigkeit zu verurteilen, mit der die Bundesleitung trotzdem den Dingen ihren Lauf ließ. Sie griff auch dann nicht ein, als es unverkennbar wurde, daß Schröder die Erbitterung der Mitglieder benutzte, um eine neue von ihm geleitete Organisation zu gründen. Jetzt ist es so weit.

Am Dienstag, den 29. November, beschloß eine Berliner Funktionärversammlung mit schwacher Mehrheit den Austritt aus dem Bund der freien Schulgesellschaften.

Mit einer unglaublich demagogischen Art wurden die Funktionäre mit diesem Antrag überrumpelt. Während der zweistündigen Diskussion, in der nur Bezirks- und Bundesleitungsmitglieder das Wort erhielten, wurde der Plan der Spaltung mit keinem Wort erwähnt. Dann wurde plötzlich der von Schröder vorbereitete Antrag auf Austritt aus dem Bunde gestellt und — gleichzeitig die Diskussion geschlossen.

Die mit solchen Robtäuschermanieren durchgepeitschte Neugründung eines Berliner „Bundes der freien Schulgesellschaften“ ist nicht lebensfähig. In seiner schulpolitischen Haltung steht Schröder bei dem sozialdemokratischen Parteivorstand. Als Vorsitzender der A.S.L. hat er in vielen Versammlungen die schulpolitischen Ergebnisse der Koalitionspolitik verteidigt und die Opposition unter Lehrern und Eltern auszuschalten versucht. Dazu fehlen dem neuen Laden also Mittel (Zeitung, Reichsorganisation), mit denen der Versuch zum Schulkampf auf breiter Basis gemacht werden könnte. Und so wird das einzige Ergebnis dieser von Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten betriebenen Spaltung der Verlust von vielen Mitgliedern sein. Die Kulturreaktionäre reiben sich die Hände.

### Was ist zu tun?

Gegen die Treibereien der Spalter muß schnell und gründlich durchgegriffen werden.

Dabei dürfen die Mitglieder sich nicht auf den Bundesvorstand verlassen, der seine Aufgaben bisher schon sträflich vernachlässigt hat. Wir fordern Einberufung einer außerordentlichen Bezirkskonferenz, Zurückeroberung der von Schröder abgespaltenen Ortsgruppen, Bereinigung der Geschäftsführung und Einstellung der Bundesarbeit auf die Massenmobilisierung der Eltern und Lehrer im schulpolitischen Kampf.

# Brief aus dem Harz

In Blankenburg (Harz) wurden in einer öffentlichen Versammlung die Worte unseres Redners jubelnd begrüßt. Die Referenten der SPD, Genossen Selge und Prinzler, erklärten, daß sie diese Worte hundertprozentig unterstreichen könnten, doch danach zu handeln, fanden sie nicht den Mut. An der Hartnäckigkeit der SPD- und KPD-Führerschaft scheiterte vorläufig die Einheitsfront. Es war der erste Versuch, jedoch wir werden nicht nachlassen.

Während der Reichspräsidentenwahl agitierte die SPD eifrig für ihren Kandidaten Hindenburg. Infolgedessen wurden auch die Hindenburgplakate von Reichsbannerkameraden bewacht. Nazis, die sich an diesen Plakaten vergreifen wollten, wurden in die Flucht getrieben. Resultat: ein Jahr Gefängnis für den Reichsbannerführer und sieben Monate für andere für treugeleistete Dienste! Ironie des Schicksals!

Mit dem Motto: „Neue Waffen zum neuen Kampf“ veranstaltete das Gewerkschaftskartell Thale und Umgebung eine öffentliche Versammlung. Trotz der neuen Parole neue Enttäuschung. Als Redner war der Gen. Horl-Quedlinburg gewonnen, welcher für die Konsumgenossenschaft agitierte. Gewiß eine sehr anerkennenswerte Aufgabe, jedoch sein Schluß war nicht so sehr erfreulich. Er schloß: So wie Marx ausrief: Proletariat aller Länder, vereinigt euch, so will auch ich schließen mit den Worten: Verbraucher aller Stände, vereinigt euch! Nun, die besonderen „Stände“, Grafen, Barone, Direktoren usw., werden sich bedanken für eine solche Vereinigung. Denn sie haben mit uns ganz etwas anderes vor. Auch wir bedanken uns für die Vereinigung, denn dieser Gesellschaft gilt der Kampf!

Während der Reichstagswahl veranstaltete die SPD nur Kundgebungen, um nur keinen Gegner in ihren Versammlungen zu Worte kommen zu lassen. Zur weiteren Hilfe bedienten sie sich des Arbeiter-Gesang- und des Arbeiterturnvereins. (Ob diese Vereine auch den anderen Arbeiterparteien zur Verfügung stehen?) Auch verschieben sie sich große Paradeperle. So u. a. den früheren Polizeipräsidenten Grzesinski, welcher vorgab, Realpolitiker zu sein. Zur Begrüßung wurde er mit einem Rosenstrauß bedacht, mit den Worten: Als Dank für geleistete Arbeit im

Interesse des Proletariats! Wir stehen vor einem Rätsel.

Wofür dieser Dank sein soll?

Infolge des Burgfriedens wurde die Revolutionsfeier der SPD am 9. November in ein gemütliches Beisammensein mit anschließendem Tanz umgewandelt. Wirklich herrlich! Revolution mit Tanz. Auch soll es sehr lehrreich gewesen sein. Ein Zeichen, daß sich die Mitgliedschaft der SPD nicht mehr alles bieten lassen will.

Vor mehreren Wochen wurde eine Betriebs-Vollversammlung für das Eisenhüttenwerk Thale durch den Arbeiterrat einberufen. Es sollte Beschluß gefaßt werden über den Vorschlag der Direktion, den Sechsstundentag einzuführen. Dieser Vorschlag wäre an und für sich sehr gesund, wenn dadurch die Arbeiterschaft ebenfalls zu ihrem Rechte käme. Aber dies ist nicht der Fall. Auf Grund der Notverordnung zur Ankurbelung der Wirtschaft dachte auch unsere Direktion, ein gutes Geschäft zu machen. 700 Mann sollten durch die Einführung des Sechsstundentages neu eingestellt werden. Wie gesagt, es wäre dieses ein gutes Geschäft für die Direktion, denn 700 Mann mal 400 RM. bedeutet immerhin ein Kapital von 280.000 RM. Gewiß ein schöner Happen, den sich keiner gern entgehen lassen möchte; ob jedoch damit „die Wirtschaft angekurbelt“ würde, wagen wir ernsthaft zu bezweifeln. Rechnen wir einmal nach! Für die meisten wird dies eine sehr interessante Rechnung sein. 700 Mann mal 400 RM. ergibt 280.000 RM für einige wenige, wären mithin 280.000 RM. mehr für die hiesige Wirtschaft. Dieses wäre jedoch zu schön, um wahr zu sein, denn sie verblieben nicht in der hiesigen Wirtschaft. Demgegenüber sollte die Belegschaft, die bisher 9 Stunden mal 3 Tage arbeitete und außerdem noch ihre Kurzarbeiterunterstützung erhielt, für die Zukunft 6 Stunden mal 4 Tage arbeiten, welches ein Verlust bedeutet, denn 3 Stunden mal 60 Pfg. ist 1,80 RM., und außerdem den Verlust der Kurzarbeiterunterstützung von durchschnittlich 3,20 RM. pro Woche, also insgesamt eine Kaufkraftverringerung von pro Person 5 RM. für die Woche, wovon 2000 Menschen betroffen wären, macht Summe 10.000 RM. in der Woche und 52.000 RM. pro Jahr. Also zugunsten eines einzelnen Betriebes sollte mittels Aufopferung der breiten Masse die Wirtschaft geschädigt werden um 520.000 RM. pro Jahr. Ueber tausend Menschen, die in dieser Betriebsversammlung

waren, lehnten dies deshalb denn auch den Vorschlag der Direktion ab. Ebenso einmütig wurde das Krümpersystem abgelehnt, weil es weiterhin unmöglich ist, mit der Hälfte der Unterstützung auszukommen. Außerdem wurde auch das Krümpersystem nicht als Solidaritätsakt für die Arbeiterschaft angesehen. Infolge der so sich ergebenden Situation wurde der Arbeiterrat von den Versammelten beauftragt, mit sämtlichen Arbeiterorganisationen sich in Verbindung zu setzen zwecks Bildung einer einheitlichen Abwehrfront. Wir sehen jedoch, daß nach mehreren Wochen der Arbeiterrats-Vorsitzende es noch nicht für notwendig erachtet hat, sich an die einzelnen Organisationen zu wenden. Obwohl eine zahlreich besuchte Betriebsversammlung das Krümpersystem durch einstimmigen Beschluß ablehnte, fassen jetzt die Funktionäre nach der notwendigen Beeinflussung den Beschluß, weiter zu krümpern. Der Arbeiterratsvorsitzende erklärt, daß keine Betriebsversammlung wieder einberufen würde zu diesem Punkte. Wir unsererseits sagen, daß dieses eine Vergewaltigung des Massenwillens bedeutet. Auch hieraus wird die Arbeiterschaft ihre Lehren ziehen müssen.

Infolge der erhöhten Notlage, die wir ganz besonders in unserem Gebiet zu verzeichnen haben, verlangen die Erwerbslosen vom Magistrat Winterfeuerung und Kartoffeln. Der Magistrat war angeblich nicht in der Lage, diesem Verlangen der Erwerbslosen nachzukommen. Die Erwerbslosen schritten somit zur Selbsthilfe und fällten eine Anzahl Bäume im städtischen Gehölz. Das Resultat dieser Aktion ist eine Anklage wegen Landfriedensbruch gegen 33 Angeklagte, wovon noch heute einer in Haft sitzt. Der Prozeß wird voraussichtlich am 29. d. M. stattfinden. Nun, wir glauben nicht fehlzugehen, wenn wir schon heute sagen, daß, wenn diese Angeklagten verurteilt werden, man nicht die Schuldigen gefunden hat, sondern die Schuldigen findet man in der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Ueber den Werdegang des Prozesses sowie über die eigentlichen Ursachen werden wir in einer kommenden Nummer Bericht geben.

Alles in allem, Arbeiter, die Augen auf! Erkennt die Situation und helfe mitkämpfen!

Kampfbereit!

W. J.

## Planitz

Die Stadtverordneten-Sitzungen wieder öffentlich. In Voraussetzung der Dinge, die da kommen sollten, beantragte die SPD, die vor kurzem einen solchen Antrag noch abwürgte, die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Sitzungen wieder herzustellen. Nach gebührender Kennzeichnung ihrer bisherigen Haltung durch unseren Genossen Häußler wurde dem Antrag einstimmig stattgegeben. Zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen SPD und KPD gestaltete sich die Beratung der Erwerbslosenfrage. Der Redner der KPD behauptete, daß die SPD an dem Elend der Erwerbslosen nicht unschuldig sei; das brachte den Sprecher der SPD so in Harnisch, daß er einen wahren Bannstrahl gegen Rügland schleuderte. Ob Sowjetrußland am Elend der deutschen Erwerbslosen schuld ist? Unserem Genossen Häußler blieb es vorbehalten, Ursachen und Zusammenhänge, die sich aus der Gesetzgebung des kapitalistischen Staates, seiner planlosen Wirtschaftsweise und der Finanzvergebarung, die den Reichen alles gibt und den Armen alles nimmt, ergeben, treffend zu kennzeichnen. Er betonte weiter, daß den Gemeinden bei Beachtung der Gesetze jede Möglichkeit genommen ist, helfend für die Erwerbslosen einzugreifen, daß es vielmehr nötig ist, durch geschlossene außerparlamentarische Kampfaktionen diesen Ausbeuterstaat zu beseitigen und eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen. Nur so wird Rettung aus weiterer Verelendung möglich sein. Den berechtigten Erwerbslosenforderungen wurde durch allseitige Zustimmung Ausdruck verliehen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde eine ministerielle Verordnung zur Kenntnis gegeben, wonach die Gemeinden verpflichtet sind, 90% der freierwerbenden Beamtenstellen mit Versorgungsanwärtern zu besetzen. Wo bleibt da noch die Selbstverwaltung der Gemeinden? Nach einigen unwesentlichen Ausschlußbeschlüssen gab es am Schluß noch ein Intermezzo über das provozierende Auftreten der Nazis am Sonntag vor der Wahl, in dessen Verlauf der Naziführer einen proletarischen Genossen dem Rachebedürfnis seiner Horde empfahl. Darum, Arbeiter aller Parteien, die Augen auf, seid kampfbereit!

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau; Lohndruck Th. Schetzky A-G., Breslau; Neue Graupenstr. 7.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppe, Telefon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebust, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Kontonr. 102 92.

## Wilkau

## Felix Häußler

Hauptstraße

empfeht

sämtliche Badwaren

für die

Stollendächer

## Die Internationale der Faschisten gegen Albert Einstein

Gegen die Erteilung der Einreiseerlaubnis nach Amerika für Albert Einstein hat eine amerikanische faschistische Organisation, der „Vaterländische Frauenverein“, beim Staatsdepartement Einspruch erhoben. Aus der Begründung dieses Einspruches ist bisher lediglich bekannt geworden, daß die Relativitätstheorie Einsteins nach der Meinung der faschistischen Analphabeten geeignet sei sowohl ein Chaos hervorzurufen, als auch das amerikanische Volk zu Abkehr von Ruhe, Ordnung und legaler Regierung zu verleiten. Zweitens wird eine ungeheure Gefährdung des „amerikanischen Vaterlandes“ in der Tatsache gesehen, daß Albert Einstein nicht nur ein glänzender Physiker, sondern auch ein entschiedener Pazifist ist.

Soweit uns bekannt ist, verweigert das amerikanische Einwanderungsgesetz lediglich Anarchisten und Kommunisten, nicht aber Pazifisten die Einreise. Die Entscheidung über die Erteilung der Einreiseerlaubnis liegt entscheidend beim zuständigen Konsul.

Die Internationale der Faschisten verfolgt dergestalt alle diejenigen, die ihr Mißfallen als Juden oder Pazifisten ertagt haben. Es war schon unerhört genug, daß ein so namhafter Gelehrter wie Einstein den Entschluß fassen mußte, den dauernden und in jeder Beziehung ungerechtfertigten Anpöbelungen der faschistischen Kreise zu weichen. Nun aber haben die amerikanischen Gesinnungsgenossen der deutschen Faschisten diese Tragikomödie vollendet. Obwohl nicht daran zu zweifeln ist, daß schließlich Einstein die Einreiseerlaubnis erteilt wird, so ist die bloße Tatsache des Einspruches dennoch als ein Anzeichen für die internationale Verbreitung der faschistischen Ideologie zu werten.

## Hingerichtet durch Giftgas

Carson City (Nevada), 4. Dezember. (J.N.S.) Im Staatsgefängnis von Nevada fand heute die Hinrichtung des Alkoholschmugglers John Hall durch Giftgas statt. Um die Beobachtung der Giftgaswirkung genau studieren zu können, hatte man die Exekution nicht, wie sonst üblich, in den frühesten Morgenstunden vollzogen, sondern erst während des Nachmittags, so daß die Zeugen der Hinrichtung durch dicke Glasfenster den Todeskampf verfolgen konnten. Nach ihren Aussagen verschied John Hall „schmerzlos“. Sein Körper sank auf dem Stuhl zusammen, als die erste Welle des Blausäuregases in die hermetisch abgedichtete Kammer eingelassen worden war.

Der Staat Nevada hat im Jahre 1925 als erster Staat den Vollzug der Todesstrafe durch Giftgas eingeführt.

Menschen als Versuchsobjekte für Giftgas! — Menschen auf einer Stufe mit Versuchskaninchen und anderen Tieren.

Man hat bereits immer protestiert, wenn es sich darum handelte, wenn man zu medizinischen Zwecken, die ja durchaus etwas Positives besitzen, Menschen „material“ benutzt hat.

Jetzt versucht man aber die Wirkung von Giftgasen an sogenannten „Verbrechern“ auszuprobieren. (Man beachte: Alkoholschmuggler mit dem Tode bestraft!) So rüsten sie für den kommenden Krieg.

## Ein großer Tunnelbau in Argentinien

Buenos Aires, 4. Dezember. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat einen Plan zum Bau eines Tunnels aus-

# Die größte Talsperre Europas



## Die Einweihung der Saale-Talsperre

Oben: Blick auf den 65 m hohen Staudamm.  
Unten: Die „Ehrenäste“ im Maschinenraum. Links Prof. Rauch, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, in der Mitte (ohne Hut) der thüringische Staatsminister Marschler, neben ihm der preußische Handelsminister Dr. Schreiber.

Die Saale-Talsperre ist dieser Tage vollendet worden. Sie ist die größte des Kontinents. Sie wurde im Jahre 1926 zunächst vom Lande Thüringen begonnen und im späteren Verlauf gemeinsam mit dem Reich und Preußen sowie der deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten und den Elektrizitätsgesellschaften der Länder Preußen, Thüringen und Sachsen als Notstandsarbeit durchgeführt. Am Bau waren rund 12.000 Arbeiter im Laufe dieser 6 Jahre beschäftigt. Die Sperrre soll einer dreifachen Aufgabe dienstbar sein. Einmal sehr wasserwirtschaftlichen Zwecken, ferner als ein wichtiges Teilstück für den für Reich und Preußen gleich wichtigen noch zu schaffenden Mittellandkanal und zum anderen zur kraftwirtschaftlichen Ausnützung der angestauten Wassermenge.

Neben dem eigentlichen Staubecken, das ein Fassungsvermögen von 215 Millionen cbm aufweist und dessen Füllung vom Ostersonntag dieses Jahres bis zum 30. November gedauert hat, ist wenige Kilometer unterhalb des Staubeckens Saalburg ein Ausgleichsbecken von etwa 5 Millionen cbm Fassung vorhanden.

Das angeschlossene Kraftwerk „Bleilochsperrre“ wird in der Lage sein,

jährlich 50 Millionen Kilowattstunden

Tagesspitzenstrom zu liefern. Es liefert diesen Strom in über 50.000 und 100.000 Voltleitungen in das Landesnetz des Thüringer Werkes, des Freistaates Sachsen und nach Preußen.

Dieser große Thüringer Staubeck hat insgesamt etwa 120 Wohnhäuser und 20 industrielle Anlagen unter Wasser bzw. außer Betrieb gesetzt. Die unterbrochenen Straßen und Verbindungswege mußten durch 20 km neue Verbindungswege ersetzt werden. Außerdem waren mehrere Brückenbauten von bedeutendem Ausmaße erforderlich. Zur Aufschließung des weit vom Verkehr abliegenden Gebietes ist ein Kleinbahnbau von Schleiz nach Saalburg ausgeführt worden.

Diese Fortschritte der Technik stehen allerdings in diametralen Gegensatz zu dem Elendsleben der Thüringer Arbeiterschaft. Was nützt die ausgezeichnete Möglichkeit, guten und zureichenden elektrischen Strom herzustellen, wenn der größte Teil der Bevölkerung infolge seiner wirtschaftlichen Lage sich mit Petroleumlampen behelfen muß? Die Entfaltung der Produktivkräfte im Interesse aller wird eben nur in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich sein. Hoja.

arbeiten lassen, der unter den Riachuzo-Fluß geführt werden soll und dazu bestimmt ist, eine Verbindung zwischen den Städten Buenos Aires, Avellaneda und Coutra herzustellen. Die Kosten für den Bau dieses Tunnels, der zahlreichen Arbeitslosen Beschäftigung geben würde, soll 10 Millionen Piaster betragen.

## Riesenunterschlagungen bei der russischen Post

Moskau, 4. Dezember. (Eigene Meldung.) Ein Sonderuntersuchungsausschuß des Hauptvollzugsausschusses der Sowjet-Union hat eine Riesenunterschlagung bei der Sowjetrussischen Post aufgedeckt. Es wurde festgestellt, daß nicht weniger als 7 Millionen Rubel, die in der ersten Hälfte dieses Jahres auf verschiedenen Postanstalten zur Ueberweisung eingezahlt worden waren, an ihren Bestimmungsorten

nicht ausgezahlt worden sind. Mehrere Sowjet-Beamte sind verhaftet worden.

## Tödlicher Absturz eines Ozeanfliegers

Buenos Aires, 4. Dezember. Der irländische Flieger Elliffe, der einen Ozeanflug in Richtung nach Europa versuchen wollte, ist bei Rosario tödlich abgestürzt.

## Die Türkei führt das Metersystem ein

Mit Wirkung ab 1. Januar 1933 wird in der Türkei das Metersystem für Maße und Gewichte offiziell eingeführt. Dem Stadtrat von Istanbul ist ein Antrag vorgelegt worden, demzufolge die Stadt selbst eine Fabrik zur Herstellung aller erforderlichen Maße und Gewichte errichten soll.

## „Unser Heiland trug den Bart ...“

Im Volkskalender empfiehlt Pfarrer Künzel ein Mittel gegen Heisigkeit: „Gegen die chronische Heisigkeit hilft auf die Dauer nur das Tragen eines Vollbartes. Dieses habe ich in sehr vielen Fällen erprobt gesehen. Das beständige Rasieren des Bartes ist ein Eingriff in die Natur und rächt sich auch. Unser Herrgott hat dem Mann sicherlich nicht deshalb den Bart verliehen, damit er geplagt sei mit dem Rasieren. Unser Heiland trug den Bart und trägt ihn jetzt noch, einen rasierten Heiland kann sich niemand vorstellen, dagegen werden die Schergen immer glatt rasiert abgebildet.“

## Werbt Abonnenten

Mode. Ich sag dir's ins Gesicht, sei nicht beleidigt, ich sag es ganz freundschaftlich. Hier braucht man das nicht.“

Schweig. Wjetrow. Denk lieber über dich nach.

Ich spürte aber, wie rot ich werde. „Ich denke über mich nach, Galja. Nun ja ... Laß die Anspielungen. Die Handlungen müssen übereinstimmen mit den Gedanken.“

„Stimmen sie bei dir überein? Andere befehlen, steht dir nicht zu Gesicht, Wjetrow.“

„Ach Galja, du verstehst mich nicht. Du kennst mich nicht. Für mich gibt es weder Frau noch Freund. Kommt die Zeit, dann vernichte ich erbarmungslos Freund, Frau, Vater. Es hat den Anschein, als würde ich alles ergeben, weißt du aber, was sich unter diesem Dulden verbirgt?“ (Fortsetzung folgt.)



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

„Andrej Ssemjonowitsch! Woher hast du diese Bildung, diese Entwicklung? Ich höre dir zu und staune. Du bist doch erst vor kurzem noch Bauer gewesen, hast nirgends gelernt. Ich blicke dich an und komme aus dem Staunen nicht heraus: du bist gar nicht wie ein Bauer.“

„Nun ja, Galja ... ich habe ja die Schule unserer gewaltigen Revolution absolviert. Und ist der Aufbau unserer Kommune denn nicht auch eine Schule? Höher als diese Hochschule ist ja keine Universität. Zuerst Partisanen, dann Rote Armee. Blutiger Kampf geht nicht spurlos an einem vorbei. Und wenn dieser Kampf um hohe Ideale gekämpft wird, um eine neue Welt, um diese, unsere neue Erde, dann werden in diesem Blut viele neu geboren: in diesem Blut kochen wir wie in eine siedenden Kessel. Das zwingt einen so stark zum Denken, daß der Schädel brist. Sozialismus bauen ist nicht Holz hacken. Da wächst der Mensch in die Millionen hinein, aus der Schale seines persönlichen Lebens reißt er sich mit unendlicher Mühe heraus. Wieviel Kraft steckt doch in einem Menschen, in einem Proleten! Es ist einfach unheimlich, und die Freude darüber ist fast untragbar. Es kommt einem vor, als müßte man die ganze Erde umarmen und sie so umgestalten, wie man sie gern haben möchte. Ja, ich habe auch Kurse besucht, aber das ist nicht so wichtig, wir haben sehr viel gelernt. Ja, Galja, wir wissen vieles, was die Bourgeoisie und die Intellektuellen nicht wissen, und trotzdem ... das ist sehr ärgerlich: wir sind un-

gebildet. Mit uns ist das geschehen, was mit dem Iwanuschka im Märchen vom Seepferdchen geschah: man warf ihn in siedendes Pech, er tauchte unter und kam als ein anderer, ein Junger, heraus, er wurde zum zweitmalig geboren. Nun ja. Wir kämpften, siedeten im heißen Blut und kamen mit unseren Siegen und dem Orden des Roten Banners in unsere Dörfer zurück, und da überfluteten uns der alte, hundertjährige Alltags, die kümmerlichen Streifen Erde. Wir kamen gerade in eine Hungersnot. Die Felder brannten wie bei einer Feuersbrunst. Das Vieh fraß das letzte faule Stroh von den Dächern, nagte Zaunpfosten und Erde. Und die Menschen aßen das letzte Vieh auf. Diese Menschen lagen krank an Wassersucht da, quollen wie Leichen auf. Typhus warf sie nieder. Ging man über die Straßen, klang Stöhnen von überall, irres Reden, Schreie. Der Tod würgte die Menschen. Zum erstenmal empfand ich, was Angst ist. Im Krieg kannte ich sie nicht, und hier erstarrte ich. Hier empfand ich Angst, weil das Verderben heranrückte wie eine übernatürliche Gewalt. Es war, als seiest du im Moor eingesunken, als zögen dich die Moorpflanzen immer tiefer hinein, als gäbe es keine Rettung für dich. Hunger. Weißt du, was Hunger in einem Dorf bedeutet? Ich bin ein Mensch ohne Vorurteile und Aberglauben, ich gesteh dir aber, ich begann an Halluzinationen zu leiden. Ich sah den Hunger. Ich kann dir nicht beschreiben, wie dieses Gespenst aussah, aber es verließ mich niemals, wie ein schrecklicher Traum. Es tauchte aus der Erde auf, wie ein Wirbelwind, zerlegt, rothaarig, es ging neben mir, es stürzte vor mir und stöhnte, verbrannte mich mit seinem Fieber. Es war Hunger, aber ich hatte gar kein Verlangen nach Essen. Eine Trauer war in mir, eine Trauer der Angst. Kein Verlangen nach Essen, und doch ging ich verstoßen zu einer Weide und begann die Rinde zu nageln, wie eine Ratte. Ein nicht zu unterdrückendes Verlangen hatte ich zu nageln, nicht zu essen, nein, zu nageln. Meine Kiefer bluteten. Ich nagte, vergaß mich. Als ich wieder zur Besinnung kam, erschrak ich, ich erstarrte vor einer Erschießung:

ich begriff, daß ich den Verstand zu verlieren begann. Und gerade in dieser Zeit war ich Zeuge zweier Ereignisse. Ich komme in den Vorräumen meines Nachbarn und sehe: seine Schwiegertochter sitzt vor der Wiege eines Säuglings und leckt mit der Zunge die Windel, und auf der Windel ist eine ekelhafte, blutige und jauchende. Der Säugling hatte die Ruhr. Wie ein kleines Kind brüllte ich auf und rannte wie wahnsinnig auf die Straße. Und ein anderes Mal. Ich ging zu einem Frontkameraden, einem Kommunisten (unser Bankin war es), unsere Zelle sollte dort zusammenkommen, um zu beraten, was für ein Ausweg aus dieser Lage zu suchen sei. Damals reifte in mir zum erstenmal der Entschluß, eine Kommune zu gründen. Ich trat in seine Hütte. Unter den Heiligenbildern lag ein Toter. Bankins jüngster unverheirateter Bruder war gestorben. Ich sehe, wie Bankins Frau sich beim Toten zu schaffen macht. (Sie starb später an Typhus.) Bankin war nicht da, die Hütte war leer. Fliegen summten über dem Gesicht des Burschen. Ich trat näher und erstarrte zu Eis: die junge Frau preßte sich an den Kopf des Toten und versuchte einigemal hintereinander, ihn zu beifien, konnte es aber nicht. Ich packte sie an der Hand: „Was machst du, du Unglückliche, bist du verrückt geworden?“ Wie ein wildes Tier gebärdete sie sich, schlug um sich und heulte wie ein Hund. Dann versagten ihre Kräfte, sie fiel auf den Fußboden und verlor die Besinnung. Ich kam erst auf dem Feld wieder zu mir und konnte nicht begreifen, wieso ich in das Loch geraten war, in dem ich mich wiederfand. Ich blickte auf meine Hände, sie waren mit Erde und Blut beschmiert. Ich begriff, daß ich selbst, mit meinen eigenen Händen ein Loch gegraben hatte. Ja, Galja, das alles mußte man erleben, um auf diesem Leiden die Kommune hier aufzubauen. Diese, unsere Kommune, ist geboren und gewachsen aus dem Hunger, aus den Qualen, aus dem Tod. Es ist schon wahr, daß nur aus dem Tod ein neues Leben entsteht. Ja! Noch etwas gefällt mir nicht an dir, Galja. Du putzt dich zu sehr, bemüht dich, schöner zu erscheinen, als du wirklich bist. Kleidest dich nach der

Ziehung 14. u. 15. Dez.

### Kölner Dombau-GELD-Lotterie

2667 Gewinne und 1 Falsch

100000	1
50000	2
30000	3
20000	4
10000	5

Alle Gewinne **BAR** ohne Abzug zahlen

Lose 3 RM Porto und Liste 30 Pf. extra  
Auch Nachnahmeversand

Lotteriebank **Arndt** Breslau 5b (gegenüber Wartenberg)

Postcheck Breslau 67465

# Die feudale SPD-Agrarpolitik

Seit die SPD nach ihrem Hinauswurf aus dem „preußischen Bollwerk“ wieder in Opposition steht, hat sie wieder die Agitationsparole „gegen Junker und Schlotbarone“ aus ihren verstaubten Vorkriegsmanuscripten hervorgeholt. Dementsprechend nimmt sie jetzt „gegen die agrarischen Wucherzölle“ und auch gegen die Kontingentierungspläne von Papen Stellung. Demgegenüber ist notwendig festzustellen, daß die SPD die ganzen letzten Jahre der Hauptträger und Hauptverantwortliche der großgrundbesitzlichen Wucherzölle und Lebensmittelverteuerung war.

Die Agrarpolitik der SPD wurde bisher ganz bestimmt und geführt von ihrem „Agrarschweren“ Dr. Baude, Ministerpräsident im Preußenkabinett von Braun-Severing. Unter Leitung von Dr. Baude, der stets aufs engste mit dem Führer der Agrarpartei Schiele, dem Landwirtschaftsminister im Brüningkabinett, zusammenarbeitete, wurde zur Verwertung der Getreidepreise die berühmte Roggenstützungsaktion durchgeführt, die neben maßloser Brotverwertung noch Hunderte von Millionen an Reichsgeldern verschlang.

Aber schon das SPD-Koalitionskabinett von Hermann Müller setzte sich durch Erhöhung von Lebensmittelzöllen (Zucker, Kaffee, Tee usw.) und durch riesige Millionensummen direkter Liebesgaben für die Großgrundbesitzer so warm für die Junker ein, daß schon damals der Landbundführer beständig feststellen konnte, daß

das Müllerkabinett seit dem agrarischen Reichskanzler von Bülow mehr für die „Landwirtschaft“ getan hätte, als alle anderen Regierungen.

Wenn eine Partei, so wie die SPD belastet ist mit einer jahrelangen rein großgrundbesitzlichen Zollpolitik, dann hat die Masse allen Grund, gegen ihren jetzigen „Kampf“ gegen die „Junker und den Zollwucher“ mißtrauisch zu sein. Das umso mehr, als die Dr. Baudes nach wie vor als SPD-Großbesitzer fungieren und jetzt in den „Sozialistischen Monatsheften“

offen für die Unterstützung der Agrarpolitik des Herrn von Papen eintreten.

Diese Tatsache hat den bürgerlich-liberalen Wirtschaftler Werner Hegemann veranlaßt, im „Tagebuch“ Nr. 46 die ganze, wie er schreibt, „feudale Agrarpolitik“ der SPD aufzurollen unter dem Titel:

## „Wie hast Du's mit der Agrarpolitik, SPD?“

Höchst interessant sind in dem Artikel Hegemanns einige Briefe, die ihm der verstorbene Professor Lujo Brentano geschrieben hat und worin Brentano die katastrophale SPD-Politik aufzeigt.

Brentano schreibt da u. a.:

Prien, 31. Mai 1931. Ich habe heute einen letzten Versuch gemacht, das drohende Unheil abzuwenden. Ich habe an Severing geschrieben. Brüning geht nach Chequers, um Erleichterung unserer Reparationslast zu erlangen. Eine solche sei gewiß sehr wünschenswert. Aber weit größer sei die Last der Getreidezölle. Sie betrage mehr als das Doppelte dessen, was wir nach dem Young-Plan schuldeten, und während die Erleichterung unserer Reparationslast von unseren früheren Feinden abhängt, hänge die Beseitigung des Getreidezolls von uns ab. Aber um des Großgrundbesitzers willen stürzten unsere Massen in Elend und Verderben, und dies unter Mitwirkung der Sozial-Möge Brüning sich auch Hitler zuwenden, so sei doch nicht denkbar, daß bei rückhaltloser Belehrung der Massen über den Untergang, der ihnen drohe, das deutsche Volk sich nicht auf sich selbst besinne. Morgen beginnt der sozialdemokratische Parteitag. Ob mein Brief noch etwas nützt?

Prien, 21. Juni 1931. Severing hat mir — was unhöflich ist — nicht geantwortet. Dagegen habe ich soeben ein Heft der New Yorker Wochenschrift „Nation“ erhalten mit einem Artikel Villards, der dasselbe sagt, was ich an Severing schrieb.

Prien, 22. Juni 1931. Das Vorgehen Hoover's verschiebt die ganze Reparationsfrage. Jetzt wäre es Zeit, energisch für den Zollabbau einzutreten. Aber Brüning wird jetzt noch unzugänglicher sein. Es läßt sich ja viel leichter mit Parteienbestechung regieren, und mit den Sozi ist ja nichts anzufangen.

Hegemann schreibt dann in seinem Artikel:

„Aber nach Papens Streich gegen Braun und Severing hat sich die SPD endlich gegen Junker und Schlotbarone“ und auch gegen die agrarische Kontingentierungspolitik gewandt. Um so unverzeihlicher ist es, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ sich auch jetzt noch, im September und Oktober 1932, mit umständlichem Nachdruck auf die Seite der Junker und ihrer Agrarpolitik und — noch nachträglich — gegen Brünings Kleinsiedlungspolitik stellen. Sie äußern erhebliche Bedenken gegen die Pläne der vormaligen Reichsregierung: in ein oder zwei Jahren eine derartig große Fläche in Kleinsiedlungen aufzuteilen.“ Es handelt sich um die 7 Millionen Morgen des bankrotten Großgrundbesitzes (16 Millionen Morgen sind in Liquidation), die — solange Großbetrieb herrscht — durch keine denkbare weitere Steigerung von Zöllen, Osthilfen usw. sanierbar sind. Diese nicht mehr sanierungsfähigen Großgrundbesitzer sind es bekanntlich gewesen, die Brüning (und die Reste unserer Ver-

fassung) zu Fall brachten, und die jetzt von den „Sozialistischen Monatsheften“ verteidigt werden: „Die nicht mehr sanierungsfähigen Großgrundbesitzer sollte der Staat übernehmen, sie aber nicht aufzulösen.“ Und warum wollen diese „Sozialisten“ keine Kleinsiedler? Weil durch sie eine Produktionsausweitung ohne Steigerung der Nachfrage zu befürchten wäre! Daß diese Kleinsiedler dabei wenigstens selbst nicht verhungern müßten, ist dem pseudo-sozialistischen Verfasser offenbar gleichgültig.

Diese „Sozialisten“ haben ein unbedingtes Vertrauen in die Vorzüge des Großbetriebs, und zwar nicht etwa den bolschewistischen „Kolkhos“, sondern des ostelbischen junkerlichen Großbetriebs, den sie als ein von Gott und von der Natur bedingte Gegebenheit vorhren: „Siedlungstätigkeit über den natürlich bedingten und gegebenen Rahmen hinaus vermindert keineswegs die Arbeitslosigkeit, sondern kann durch willkürliche Zerschlagung von Großbetrieben in dieser Zeit nur wirtschaftliche Nachteile in der Form bringen, daß die Produktionskraft der Landwirtschaft bedenklich verringert wird.“

Diese „Sozialisten“ sträuben sich gegen die Tatsache, daß die Produktionskraft ihrer geliebten junkerlichen Landwirtschaft nur durch

ein jährlich wiederkehrendes Milliardenopfer

des gesamten Volkes künstlich vorgetäuscht wird. Sie billigen diesen ewigen Tribut, den wir den bankrotten Großgrundbesitzern zahlen und der nach Brentanos Berechnung das Doppelte dessen beträgt, was wir nach dem Young-Plan den Siegesländern schuldeten.“ Die „Sozialistischen Monatshefte“ erklären (Okt. 1932):

„Jede Regierungsaktion, die in diesem Sinn für die deutsche Landwirtschaft weiterwirkt kann man nur gutheißen. Das gilt auch für alles das, was die Reichsregierung

jetzt auf diesem Gebiet verkündet hat. Das Kontingentierungssystem erscheint hier freilich mehr als bloße Behelfsmaßnahme denn als Glied eines Ganzen durchdachter Agrarpolitik.“ Also sogar die Kontingentierungs-Politik wird den Junkern zuliebe gutgeheißen.

Dabei deutet in denselben „Sozialistischen Monatsheften“ Hans Wilbrandt auf die „Katastrophe“, in die Brünings und Papens Politik die Bauern führt. Er schildert, wie leicht es war, die Preise für das Brotgetreide, auf das auch der Aermste nicht verzichten kann durch immer neue Zölle weit über Weltmarktniveau hochzuhalten, solange noch Einfuhrbedarf vorhanden war. Es ist nun aber die Kaufkraft aller eine beschränkte Größe, die sich während der Krisenjahre ständig verkleinert... Die Folge der verhältnismäßig starken Ausgaben für die wichtigsten unentbehrlichen Lebensmittel bei gleichzeitig rückläufiger Kaufkraft ist, daß naturgemäß für alle diejenigen Nahrungsmittel, die nicht unmittelbar zur Erhaltung des Lebens erforderlich sind, die Ausgaben besonders eingeschränkt werden. Das heißt also daß der Arbeiter, der unverhältnismäßig hohe Preise für das notwendige Stückchen Brot zahlen muß, kein Geld mehr hat, sich noch etwas Butter, Eier und Fleisch zu kaufen. Und das heißt weiter, daß die 5 Millionen Bauernhöfe, die Kühe, Butter, Schweine und Eier erzeugen, zugrunde gerichtet werden müssen, damit die in Wahrheit unrentabel arbeitenden Großproduzenten von Getreide noch länger gegen das Gemeinwohl und auf Gemeinkosten durchgefüttert werden können.

Mit anderen Worten: die Verkaufserlöse der Gesamt-Landwirtschaft sind seit Einbruch der Krise von 10 Milliarden auf 7 Milliarden heruntergegangen. Aber die Getreide erzeugenden Großgrundbesitzer haben es verstanden, den Betrag, den

das deutsche Volk für Getreide ausgeben muß, nach wie vor auf 10 Milliarden festzuhalten. Das heißt: die ganze furchtbare Last der Deflation, der Gesamtverlust von 3 Milliarden ist dank der verkünstelten und kostspieligen Maschinerie von Getreidezöllen, Beimischungszwang, Preisstützung und Magazinierung des Getreides usw. beinahe ausschließlich auf die Erzeuger von landwirtschaftlichen Veredelungsprodukten abgeladen worden. Aber damit sind die Junker nicht zufrieden. Sie wollen jetzt durch Verknappung der Einfuhr von Butter, Eiern usw. auf dem Wege der Kontingentierung das an die Grenze des Existenzminimums gedrückte Volk zu weiteren Opfern zwingen.

Im übrigen soll die „Katastrophe“ auf dem Veredelungsmarkt nach Ansicht der „Sozialistischen Monatshefte“ dadurch korrigiert werden, daß die Landwirte eben von der Veredelungsaktion abgehen, das Angebot an Butter, Fleisch, Eiern vermindern (II), so daß sich dann allmählich die Preise den Veredelungskosten, d. h. also vor allem den plötzlichen Rohstoffpreisen anpassen. So will es Gott, der Junker und der Autor der „Sozialistischen Monatshefte“. Jede andere Politik würde doch der landwirtschaftlichen Rentabilität den Todesstoß versetzen.

Der „Sozialismus“ dieser Agrarier der „Sozialistischen Monatshefte“ ist kein Sozialismus, sondern Feudalismus. Ohne Beseitigung der noch immer übermächtigen agrarischen „Herren“ ist ein moderner lebenskräftiger Staat nicht möglich und der Untergang Deutschlands ist gesichert.

Wir sind mit Hegemann in bezug auf seine Ansichten, eines Ausweges durch Siedlung nicht einverstanden. Das ändert jedoch nichts daran, daß sein Aufsatz die arbeitserfreundliche Agrarpolitik sehr deutlich aufzeigt.

Datum, wenn die SPD jetzt ganz allgemein mit der Losung: „gegen Wucherzölle“ Propaganda teilt, soll man ihr erstens ihre Großagrarpolitik vorhalten und an sie zweitens die Frage richten, ob sie grundsätzlich ihre Politik auf diesem Gebiet ändern und die Baude und Konsorten kaltstellen will. Wenn nicht, dann ist ihre ganze Agitation nur Demagogie.

## Unerfüllte Voraussetzungen des Sozialismus

Von J. Walcher

VI.

### Schlußbemerkungen

Wenn ich mit meinen Darlegungen erreicht habe, worauf es mir ankam, wenn es mir gelungen ist, die Leser der „SAZ“ davon zu überzeugen, daß die Arbeiterklasse bei der nächsten Gelegenheit anders zupacken muß, als das 1918 der Fall war und daß sie im Marx'schen Sinne die Aufgabe in Angriff nehmen, d. h. den Staat, das Herrschaftsorgan der Bourgeoisie, zertümmern und ihre eigene Diktatur aufrichten muß, wenn mir das gelungen ist, dann darf ich wohl auch hoffen, daß die Leser erkannt haben, daß die vom Gen. Rosenfeld angeführten Zitate die USPD nicht von der Verantwortung ihrer grundlegenden Fehler zu entlasten vermögen und daß ich lediglich eine historische Tatsache feststellte, als ich schrieb:

„Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen dachten (bei Ausbruch der Novemberrevolution) samt ihren Volksbeauftragten nicht daran, im Marx'schen Sinne d. h. durch Aufrichtung der proletarischen-revolutionären Diktatur die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.“

Die Belege, die Gen. Rosenfeld in seiner Erwiderung anführte, wären dann von Bedeutung und von durchschlagender Beweiskraft, wenn ich der USPD den guten Willen, die ehrlichen Absichten streitig gemacht hätte. Das aber tat ich nicht und habe auch nicht die Absicht, es zu tun. Aber ich wiederhole, was ich schon vordem gesagt habe, die guten Absichten in allen Ehren, aber sie nützen uns verdammt wenig, da es in letztem Endes für die Arbeiterklasse doch nur auf die Resultate ankommt. Unter diesem Gesichtspunkt erübrigt es sich, auf die Zitate des Gen. Rosenfeld näher einzugehen.

An die Behandlung der Sozialisierungsfrage auf dem ersten Rätekongreß hätte Gen. Rosenfeld von seinem Standpunkt aus besser nicht erinnern sollen, denn

erstens ist auf dem Kongreß unwidersprochen von Severing namens der sozialdemokratischen Fraktion festgestellt worden, daß sich die Fraktion der Unabhängigen durch Kurt Geyer damit einverstanden erklärt hatte, die Sozialisierungsfrage von der Tagesordnung abzusetzen. Eine Absicht, die am Widerspruch aus der Mitte des Kongresses scheiterte.

Zweitens hat Hillerding über die Sozialisierung so gesprochen, daß sein Referat einen einzigen Beweis für die Grundlinie meiner Kritik bildet.

Drittens hat zwar der Kongreß einen Beschluß für die Sozialisierung gefaßt, zugleich aber hat er beschlossen, die Macht an die Nationalversammlung abzutreten, d. h. praktisch, die Sozialisierung zu verhindern.

Viertens habe ich bei der Gelegenheit aus dem Protokoll des ersten Rätekongresses festgestellt, daß die Berliner Unabhängigen durch eine Bestimmung in der Wahlordnung wovon nur als Delegierter gewählt werden konnte, wer in irgendeinem Betrieb beschäftigt war, die Wahl von

## historischer Bedeutung nur Zweideutigkeiten, Schwankungen und Halbheiten zutage fördert, die mit dem imperialistischen Annexionisten David auswärtige Politik, mit dem deutschnationalen Chauvinisten Hänsch Kultur und Volksschule, mit dem Henker der Revolution Ebert Sozialismus machen will, die durch den Mund Barths die streikenden Massen zur Ruhe und zum Kadavergehorsam der Unternehmerpeitsche gegenüber mahnt, — eine solche Partei ist durch jedes ihrer Worte und jede ihrer Taten gerichtet. Sie war ein Produkt der jahrzehntelangen Versumpfung der deutschen Arbeiterbewegung. Das deutsche Proletariat braucht heute an seiner Spitze eine sozialistische Partei, die der großen Stunde gewachsen ist. Für eine Partei der Halbheit und Zweideutigkeit ist in der Revolution kein Platz.“

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum ersten deutschen Rätekongreß verhinderten und daß sie damit zugleich der sozialdemokratischen Kongreßmehrheit das Stichwort gaben für die Nichtzulassung von Karl und Rosa als Gäste mit beratender Stimme.

Zum Schluß kann ich nicht umhin, meiner großen Verwunderung Ausdruck zu geben, daß es Gen. Rosenfeld fertig bringt, zu behaupten, das, was ich als Voraussetzung für den Sozialismus bezeichnet habe:

„stehe in völliger Übereinstimmung mit dem, was die USPD nicht nur zur theoretischen Grundlage ihres Programms, sondern auch zum Leitern ihres Handelns gemacht hatte.“

Das muß ich ganz entschieden bestreiten. Wäre dem so, wie Gen. Rosenfeld behauptet, dann wären meine Bemerkungen über die Politik der Unabhängigen in der Tat nicht nur völlig deplaziert, sondern auch irreführend und schädlich. Ich hoffe aber, daß mir der Nachweis gelungen ist, daß die Politik der USPD in allen entscheidenden Punkten im Widerspruch stand zu den von mir dargelegten Voraussetzungen des Sozialismus. Ich halte den Standpunkt des Gen. Rosenfeld für grundfalsch und unhaltbar und stimme Rosa Luxemburg bei, die im Dezember 1918 anlässlich des Parteitages der USPD in der „Roten Fahne“ ausführte:

„Eine Partei, die in der Stunde großer klarer, kühner Entscheidungen von welt-

## Streikzusammenbruch bei Krupp

Katastrophale Folgen des RGO-Bündnisses mit der NSBO

Essen, 4. Dezember.

DH. Die Hochofenarbeiter der Firma Krupp, unter denen die RGO verhältnismäßig stark verankert ist, hatte in der vorigen Woche mit 108 gegen 28 Stimmen die Arbeitsniederlegung beschlossen und waren daraufhin in den Streik getreten. Die Arbeiter wählten eine Kommission (in der sich auch ein Nationalsozialist befand), die mit der Betriebsleitung verhandelte. Die Betriebsleitung zeigte sich anfangs geneigt, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben und den angekündigten Lohnabzug wieder rückgängig zu machen. Auf höhere Anweisung hin mußte sie dann aber wohl ihre unverbindlichen Zugeständnisse wieder zurückziehen. Die Belegschaft setzte zunächst den Streik geschloßen fort. In den Streikversammlungen versuchten dann als erste die nationalsozialistischen Betriebsfunktionäre, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen.

Die Nazis arbeiteten bei dieser Streikabwägung mit dem Betriebsleiter, der ebenfalls der NSDAP angehört, Hand in Hand.

Sie ließen sich durch diesen die Adressen der Streikenden besorgen und zunächst die Nachtschichtler in ihren Wohnungen einzeln aufzufordern, die Arbeit wieder aufzu-

nehmen, da der Streik abgebrochen sei. Mit Hilfe dieser Taktik gelang es ihnen, die einheitliche Streikfront zu zerbrechen, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden mußte.

Statt diese für die ganze RGO-Taktik sehr ernsten und verhängnisvollen Tatsachen zum Anlaß zu nehmen, ernstlich zu prüfen, wie durch Aenderung der bisherigen Praxis derartige Vorgänge verhindert werden können, feiert die kommunistische Presse diesen Streik als ein großes „Vorhutgefecht“ der Nord-West-Metallarbeiter.

In Wirklichkeit hat dieser Streik wieder einmal den ganzen Lankerott der RGO-Streikstrategie offenbart. Durch das unnatürliche Bündnis mit den Nationalsozialisten und dem gleichzeitigen Verzicht auf die innergewerkschaftliche Arbeit, durch die man den Einsatz der gewerkschaftlichen Maulmittel erreichen mußte, war die Niederlage von vorneherein gegeben. Insofern ist der zusammengebrochene Streik der Kruppischen Hochofenarbeiter auch nicht als ein „Vorhutgefecht“ zu betrachten, sondern leider dazu angetan, die günstigen Voraussetzungen für die Führung eines einheitlichen Kampfes in der gesamten Gruppe Nord-West unausgenutzt zu lassen.

Dieses Urteil ist gewiß scharf, aber wir müssen begreifen, daß es historisch gerechtfertigt ist.

Mancher wackere Genosse, der damals in den Reihen der USPD gestanden und Gut und Blut für die Revolution geopfert hat, mag es schmerzlich berühren, wenn die historische Rolle der USPD so schonungslos bloßgelegt wird. Aber der harte revolutionäre Kampf läßt nun einmal keinen Raum für Sentimentalitäten. Wir sind verpflichtet, auszusprechen, was ist, rücksichtslos, gründliche Selbstkritik ist nach Rosa Luxemburg die Lebensluft der proletarischen Bewegung. Der Revolutionär muß Mut und Kraft haben, auch unangenehme Tatsachen frei ins Auge zu fassen und daraus alle für unseren Kampf notwendigen Folgerungen zu ziehen. Wenn wir uns nicht von den Fehlern, die zum Scheitern der Novemberrevolution beitrugen und die natürlich alle irgendwie historisch begründet sind, klar Rechenschaft geben und wenn wir sie nicht schonungslos analysieren, dann werden wir nicht in der Lage sein, die nächste Probe besser zu bestehen.

Werbt Abonnenten!